

Dr. „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., postfrei halbjährlich. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle des Verlegers, Briefetal-Druckerei 5 und von allen eingetragenen Expeditionen angenommen. Die unangenehmsten Bedingungen betragen 20 Pfennig, bei Kleinanzeigen 1 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehniß, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 26. Postfachkonto: Berlin 62 448. Sonntag, den 14. Februar 1926. Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Sitzungsanladung.
Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeinde-Vereinigung hiermit zu einer Sitzung am Mittwoch, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit an die gefaßten Beschlüsse gebunden sind.
Tagesordnung:
1. Vorrangklärung.
2. Abschluß von Verträgen.
3. Baukosten für die Fußgängerbrücke.
4. Feuerwehrtreue.
5. Nichtöffentliche Sitzung:
Ausübung des Vorkaufrechtes.
Birtenwerder, den 13. Februar 1926.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Der festgestellte Bewerber auf den Wahlvorsitz „Gewinn“, Kreisratskommissar Ernst Kretschmer hat die Annahme des Gemeindevorstandes abgelehnt. An seine Stelle tritt der nächste Bewerber auf den Wahlvorsitz „Gewinn“, der Ministerialmann Alfred Kluge, der somit als gewählter Gemeindevorsteher in die Gemeinderetung eintritt.
Wegen der Gültigkeit dieser Mitteilung kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung bei dem unterzeichneten Gemeindevorsteher Einspruch erheben.
Borgsdorf, den 13. Februar 1926.
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Was gibt es Neues?

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Freitag Vertreter des Stahlwerks, des Kesselfabrikanten, des Reichsbanners und des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu Besprechungen über die Schaffung eines Ehrenamts.
Am Freitag trat in Genf der Völkerverbund zusammen, um zu dem deutschen Aufnahmegericht Stellung zu nehmen.
Säbalkisch wird erklärt, daß ein Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ohne Ueberlassung eines Ratsfiges nicht in Frage kommen kann.
Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags beschäftigt sich am Freitag abend mit der Frage eines deutsch-französischen Handelsabkommens.
Nach Meldungen aus Tanger soll Abd el Krim eine neue Offensiv im Tschadgebiet vorbereiten.

Die Minderheiten in Deutschland.

Mussolini hat es in seinen beiden Südtiroler Reden für richtig gehalten, die Behauptung aufzustellen, daß die Behandlung der Deutschen in Südtirol wesentlich humaner wäre, als die Behandlung der fremden nationalen Minderheiten im Deutschen Reich. Er sprach von dem Balken, den Dr. Stresemann in seinem eigenen Auge übersehe, um dafür von dem Splitter in Italien großes Aufsehen zu machen. Nun trifft das weber der Faust nach der Sache nach zu. Denn die bodenständigen nationalen Minderheiten in Deutschland erreichen nicht die Zahl der bodenständigen deutschen Minderheiten in Italien. Außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß selbst der Präsident der Völkerverbandskommission für die obersteinsten Minderheitenfragen, Calonder, vor sich ohne jede irgendwie geartete Einwirkung durch die preussische Regierung in vollkommen einwandfreier und geradezu idealer Weise erfolgt sei. Fremde nationale Minderheiten gibt es aber in Deutschland in irgendwie nennenswertem Umfang nur im preussischen Staatsgebiet.
Die Regelung der kulturellen Bedürfnisse der Minderheiten in Deutschland ist bereits durch einen Erlass vom 31. Dezember 1918 in einer denkbaren entgegenkommenden Weise, wie sie bisher noch kein fremdes Staatsgesetz aufweisen, allgemein geregelt worden. Im Gegensatz zu vielen schon hingenden Gesetzen und Bestimmungen in den fremden Staaten mit weitaus umfangreicherer deutscher Minderheiten, wie Dänemark, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Italien usw., ist diese Verordnung aber nicht auf dem Papier geblieben, sondern im vollen Umfang durchgeführt. Man kann sogar im Zweifel darüber sein, ob man nicht hier und da des Guten zu viel getan und dadurch fälschlich eine staatsfeindliche Propaganda hervorgerufen hat. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in letzter Zeit auch unter den Wenden in der Lausitz eine Bewegung entstanden ist, von der man früher nie etwas bemerkt hat. Denn trotz ihrer wendischen Sprache und ihrer mit Fähigkeit festgehaltenen alten Trachten und Sitten haben sich die Wenden stets als gute deutsche Staatsbürger gefühlt. Gerade das Verhalten der preussischen Regierung gegenüber den Wenden zeigt aber auch, daß man auch unter dem früheren Regime niemals daran gedacht hat, die kulturellen Eigenarten nationaler Minderheiten unterdrücken zu wollen. Wehlich lagen die Dinge bei den Slawen in der Westpreussischen Provinz, die nie in der Bläue ihrer kulturellen Eigenart be-

drückt gefühlt haben und deshalb auch dem preussischen Staate staatsfeindlich gegenüberstanden.
Nur staatsfeindlichen Umtrieben nationaler Minderheiten, wie sie früher namentlich von polnischer Seite zu beobachten waren, mußte natürlich der Staat entgegenzutreten. Dieses Recht hat heute aber auch kein Mensch dem italienischen Staat den Südtirolern gegenüber absprechen. Nachdem Südtirol dem italienischen Staat zugesprochen worden ist, müssen sich seine deutschen Bewohner mit dieser Tatsache abfinden, genau so, wie sich früher der italienische Teil der Bevölkerung mit der Zugehörigkeit zu Oesterreich abfinden mußte. Es war das gute Recht Oesterreichs, einen Vertrag, dem jetzt in Bozen ein Denkmal errichtet werden soll, wegen hochverrätherischer Umtriebe hinrichten zu lassen. Gegen die italienische Sprache und Kultur in Südtirol hat Oesterreich aber niemals angeknüpft. Das Gleiche können aber jetzt die Deutschen von der italienischen Regierung verlangen.
Für den italienischen Diktator handelt es sich bei seinem Vorgehen gegen Südtirol vielleicht aber auch gar nicht um die eigentliche Minderheitenfrage, vor deren Behandlung im Völkerverbund er eine Hölle angeht hat. Was ihm an den Südtirolern mißfällt, ist wohl weniger ihr Deutschsein, als ihre Einstellung gegenüber dem Faschismus. Die Südtiroler „Barbaren“ haben für die Segnungen des Faschismus kein rechtes Verständnis und Mussolini fürchtet offenbar, daß ihr Beispiel ansteckend wirken könnte. Dem muß vorgebeugt werden, und darum sollen die deutschen Südtiroler in die faschistische Zwangsjacke gesteckt werden.



Karte des Südtiroler Gebietes, bewohnt von ca. 250 000 Deutschen.

Die Landwirtschaftsfrage.

Landwundvertreter bei Hindenburg.
Der Reichspräsident empfing eine Abordnung des Reichslandwundes, die sich aus Bauern der Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein sowie aus Mecklenburg und Bayern unter Führung des Vorsitzenden des mecklenburgischen Landwundes, Dr. Wendhausen, zusammensetzte.
Als Sprecher der Abordnung führte Dr. Wendhausen aus, daß die drängende Not der Landwirtschaft der Abordnung den Mut gegeben habe, sich an Hindenburg selbst zu wenden.
In Mecklenburg-Schwerin hätten 90 Proz. der landwirtschaftlichen Betriebe mit einem Defizit abgeschlossen, 18 Proz. seien bereits der wirtschaftlichen Notlage erlegen, noch einmal so viel drohen bald zusammenzubrechen.
Um dem deutschen Volke seine Nahrungsfreiheit zu verschaffen, habe die Landwirtschaft ihren Betrieb aufs äußerste intensiviert und durch übergroße Betriebsaufwendungen eine Notwendigkeit auf sich genommen, deren Kurzfristigkeit und hoher Zinsfuß ihr jetzt zum Verhängnis werden. Sodann schilderten die Vertreter der einzelnen Provinzen und Länder die besondere Lage ihres Heimatgebietes.
Alle Ausführungen gipfelten in der Forderung nach Umwandlung der kurzfristigen Schuldverbindlichkeiten in einen langfristigen Realcredit, und einem Entgegenkommen hinsichtlich der Wegschuldzahlung, die ohne Schädigung der Wirtschaft und in dem Maße erfolgen kann, wie Realcredit in die Landwirtschaft einfließt.

Hindenburg sagt Hilfe zu.
Reichspräsident v. Hindenburg versicherte in seiner Antwort, daß er stets mit warmem Herzen der Landwirtschaft gedachte und daß er alle Kraft daransetzen wolle, ihr in der schwereren Notlage zu helfen. Seine Handlungsfreiheit sei allerdings durch Parlament und Reichsregierung begrenzt, doch berge er keine Ministerfesseln, in der man sich nicht ernsthaft und eindringlich mit der schwer um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft beschäftigen könne. Man müsse sich darüber klar sein, daß bei der unendlich schwerer Gesamtwirtschaftslage die Befundung nur Schritt für Schritt vorwärts gehen könne. Er schloß mit einem Appell an die Treue und den Fleiß des deutschen Landwirts und an die Erkenntnis, daß dem deutschen Volke nur durch Einigkeit geholfen werden könne.

England und die Ratsfige.

Eine Erklärung Chamberlains.
Auf eine Anfrage Macdonalds nahm heute Chamberlain im Unterhause kurz Stellung zu der Frage der neuen Zusammensetzung des Völkerverbundes. Chamberlain erklärte, daß man vorläufig zu den Ansprüchen auf Ratsfige weiterer Mächte keine Stellung nehmen könne. Er halte es nicht für glücklich, wenn man in dem einen oder dem anderen Land der Debatte und der Entscheidung des Völkerverbundes vorgehen wolle.
In der englischen Presse geht inzwischen die Debatte über die Ratsfige weiter. „Daily Telegraph“ lehnt die Gewährung eines künftigen Ratsfiges für Brasilien rundweg ab, während mit der Aufnahme Spaniens in absehbarer Zeit zu rechnen sein dürfte.

Die polnische Kandidatur.

dagegen stehe aber durchaus anderer Grundlage. Einige zu ihrer Stützung angeführte Beweisgründe ständen im Widerspruch mit dem Geist des Völkerverbundesstatuts. Der Gedanke, daß Polen deshalb einen permanenten Sitz erhalten müsse, weil Deutschland auch einen bestimme und weil polnisch-deutsche Streitfälle sehr häufig wären, treffe nicht den Kern der Sache. Polen werde immer im Rat vertreten sein, wenn Streitigkeiten behandelt würden. Außerdem könne Polen solche Streitfälle stets vor die Völkerverammlung bringen.
Das Argument, daß Polens künftige Vertretung im Rat notwendig sei, um das Gleichgewicht der Mächte zu sichern und um Deutschland zu verhindern, das englisch-französisches Gleichgewicht zugunsten Englands zu verschieben, übersehe die Tatsache, daß der Zweck des Völkerverbundes gerade in der Verrückung dieses alten Gleichgewichts der Mächte bestehe, das früher zwischen rivalisierenden Gruppen und Koalitionen vorhanden gewesen sei.
Außerdem könne Belgien einwenden, daß, wenn einige kleinere alliierte Mächte einen künftigen Sitz erhalten sollten, Belgiens moralische Ansprüche sehr viel besser wären, als die Polens. Die polnische Forderung auf Vorrangbehandlung habe in Belgien und einer ganzen Reihe anderer Mittelstaaten verankert.

Paris wiegelt ab.

In Pariser diplomatischen Kreisen wird erklärt, daß die Frage der Erweiterung des Völkerverbundes zu keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten Anlag geben werde. In dieser Frage seien zwischen Banderbelle und Briand keinerlei Entschlüsse gefaßt worden, wenn auch die französische Regierung auf ihrem bisherigen Standpunkt beharre, daß für den Fall der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund die Kandidatur Polens beantragt werden dürfe. Aber Frankreich, so sagt man hinzu, hat nie die Absicht gehabt, eine Abänderung des gegenwärtig gültigen Abstimmungsmodus im Völkerverbund zu beantragen, es bleibe bei der vorgeschriebenen Einstimmigkeit.

Die Beratungen des Reichshaushalts.

Aus dem Reichstag.
— Berlin, 12. Februar 1926.
Der Reichstag nahm heute zunächst den Weisheitenspruch über die Regelung der für die künftigen Beziehungen zum Saargebiet in allen drei Lesungen ohne Ausdrücke an. In der dann fortgesetzten Haushaltsberatung sagt Abg. Neubauer (Komm.), der Regierung offenen Kampf an. Die sogenannte neue Regierung sei nicht weiter als die alte Regierung. Wenn Dr. Vothel im Winter erklärt habe, es sei kein Geld für die Erwerbslosen da, so habe er bewußt die Unmöglichkeit gesagt, denn Dr. Vothel habe ja festgestellt, daß ungeheure Ueberflüsse vorhanden seien.
Abg. Dietrich (Dem.) hielt fest, daß im vergangenen Jahre tatsächlich so viel Steuern erhoben wurden. Man hatte es verübt, rechtzeitig an den Steuern abzubauen. Natürlich kann das Vorgehen des neuen Finanzministers